



PRESSEMEDLUNG Sperrfrist 3.2.12/10:30 Uhr

<http://www.liga-bw.de/>

Pressekonferenz zur Liga-Stichtagserhebung 2011: Frauen und Männer in sozialer Ausgrenzung und Wohnungsnot – Erhebung im Hilfesystem nach § 67 SGB XII in Baden-Württemberg

Zusammenfassung und Handlungsbedarfe

Erneute Zunahme von Menschen in sozialer Ausgrenzung und Wohnungsnot

Die 21. Liga-Stichtagserhebung der Hilfen in sozialer Ausgrenzung und Wohnungsnot verzeichnet einen neuen Höchststand der Hilfesuchenden. 10.190 Personen wurden am 30. September 2011 in 317 Diensten und Einrichtungen der traditionellen Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe Baden-Württembergs gezählt. In gesichertem Individualwohnraum untergebracht werden konnten insgesamt 2.598 Personen, es verbleiben somit 7.592 Personen (75%) als Wohnungsnotfälle bzw. unbekannt. In einer prekären Unterkunftssituation befanden sich davon 2.727 Personen (27%).

Zum ersten Mal kann ein Nettozuwachs auf Basis der Einrichtungen und Dienste benannt werden, die bereits im Vorjahr gemeldet haben - damit ein Zuwachs unabhängig von Zu- oder Abnahmen der meldenden Stellen. Dieser Nettozuwachs liegt mit + 4,9% deutlich über dem Anstieg der Hilfesuchenden insgesamt und weist auf eine stärkere Zunahme von Menschen in sozialer Ausgrenzung und Wohnungsnot hin (siehe Kap. 2). Ein Trend, der sich auch auf Bundesebene zeigt.

Uneinheitliche Versorgungssituation in den Stadt- und Landkreisen sichtbar gemacht

Mit einer neuen Abfragekategorie konnten erstmals unzulängliche, bedrohte und unzumutbare Unterkunfts- und Wohnformen sichtbar gemacht werden und den Hilferessourcen in jedem Stadt- und Landkreis gegenübergestellt werden. Damit werden teilweise gravierende örtliche Handlungsbedarfe zur Weiterentwicklung erkennbar. In einzelnen Kreisen befinden sich etwa über die Hälfte der Hilfesuchenden in prekärer Notversorgung bzw. in prekärem Wohnraum. Gleichzeitig fehlen dabei die notwendigen Ressourcen an Facheinrichtungen oder geeignetem Wohnraum. Gerade Großstädte wie Heilbronn oder Freiburg nehmen dabei Spitzenplätze ein. Andererseits liegen Beispiele mit nur einem Viertel der Spitzenwerte vor – z.B. Stuttgart - oder Fälle, in denen die prekären Situationen innerhalb eines Jahres halbiert werden konnten – z.B. Karlsruhe (siehe Kap. 3.2).

Die uneinheitliche Versorgungssituation weist jedoch auch auf ein generelles Steuerungsproblem hin. Seit der Verwaltungsreform 2005 ist es nur noch Sache der Land- und Stadtkreise, ob und in wie weit Menschen in sozialer Ausgrenzung und Wohnungsnot Hilfe bekommen – in der Praxis ist dies sehr unterschiedlich. Es fehlt eine Steuerungsebene für eine landeseinheitliche Weiterentwicklung, wie diese etwa bis 2004 in der Zuständigkeit der Landeswohlfahrtsverbände existierte. Die Liga fordert ein geeignetes Steuerungsgremium auf Landesebene oder die Rückverlagerung

der Hilfe nach dort¹. Die Landesregierung will gem. Koalitionsvertrag diesen Fragen mit einer Auswertung der Verwaltungsreform hinsichtlich der Wohnungslosenhilfe nachgehen².

Anstieg der Zahlen bei Frauen und Unter-25-Jährigen

Die diesjährige Erhebung zeigte wieder eine Zunahme bei Personengruppen mit besonderen Betreuungsbedarfen wie Frauen und Unter-25-Jährige. In diesem Jahr war die Zunahme der hilfesuchenden Frauen mit 2,4% doppelt so hoch wie der generelle Anstieg. 24% aller Hilfesuchenden sind Frauen. Alarmierend ist hierbei die Steigerung der Frauenquote bei den Unter-25-Jährigen. Diese stieg um 7% auf jetzt 39%. Obwohl bei den Unter-25-Jährigen dieses Jahr lediglich eine leichte Steigerung von 0,5% registriert wurde, muss festgestellt werden, dass die Zuwachsrate in den letzten 10 Jahren von ca. 65% extrem hoch ausfällt. Für beide Bedarfsgruppen wurden vom Land einmalig investive Fördermittel bereitgestellt, mit denen spezifische Wohnangebote geschaffen werden konnten. Diese Angebote müssen weiter ausgebaut und von den zuständigen Kommunen adäquat finanziert werden, damit in der Betreuung auf die besonderen Hilfebedarfe eingegangen werden kann. Junge Menschen brauchen wirksame Hilfen, die sie möglichst rasch und nachhaltig aus prekären Lebensverhältnissen führen. Dazu benötigen sie vor allem bei Themen wie Schule, Ausbildung und Arbeitsintegration eine intensive Unterstützung, Beratung und Betreuung. Erstes Gebot muss aber immer sein, dass diese junge Menschen nicht in Wohnungsnot geraten. Bei der aktuellen Gesetzeslage laufen junge Menschen im Hartz IV Bezug Gefahr, dass Geld- und Mietzahlungen bis zu 3 Monaten eingestellt werden. Hier ist der Gesetzgeber gefragt. Die Sanktionierung von Wohnkosten kann nicht verantwortet werden.

Einbruch bei den „1-Euro-Jobs“

Erfreulicherweise hat die Zahl der Personen, die ihr Einkommen auf dem 1. Arbeitsmarkt erzielen können, zum Vorjahr um nahezu 27% zugenommen. Dies ist vor dem Hintergrund der guten konjunkturellen Lage zu sehen. Leider mussten wir zeitgleich feststellen, dass immer weniger Personen eine öffentlich geförderte Beschäftigung erhalten. Die sogenannten „1-Euro-Jobs“ sind um ein Drittel eingebrochen. Aufgrund der anstehenden Kürzungen gehen wir davon aus, dass diese Arbeitsgelegenheiten wohl weitgehend wegfallen werden. Seit 2005 ging der Anteil der Personen in „1-Euro-Jobs“ Jahr für Jahr zurück. Das ist besonders bedenklich, weil ohne feste Tagesstruktur und einer sinngebenden Tätigkeit die Überwindung sozialer Ausgrenzung sehr schwer ist. Das ständige Gefühl überflüssig zu sein, frustriert und lähmt die Betroffenen. Ohne öffentlich geförderte Beschäftigung kann die Integration nicht gelingen. Wir hoffen, dass mit dem neuen Programm für Langzeitarbeitslose in Baden Württemberg Arbeitsplätze für diese Zielgruppe erschlossen werden können. Der gesamte Bericht ist unter www.liga-bw.de bereitgestellt.

Stuttgart, 3. Februar 2012

¹ Entsprechende Vorschläge hat die Liga in ihren Ausführungen zur Weiterentwicklung der Wohnungslosenhilfe unter http://www.liga-bw.de/uploads/media/20111222_Ligapapier_WLH_Vernetzte_Hilfen_Kurzfassung.pdf, S. 16 -18 gemacht

² Der Wechsel beginnt – Koalitionsvertrag Bündnis 90/Die Grünen und SPD Ba-Wü 2011 -2016, S. 51